

Pressemitteilung Bündnis90/Die Grünen, Ortsverband Lüneburg

Erhalt des Grüngürtels - ohne Wenn und Aber

Der Grüngürtel West ist klar definiert. Bebauung ist hier in der Entscheidung des Rates von 2014 nicht vorgesehen. Mit den eigenmächtig vorbereiteten Plänen zur Entwicklung eines Wohn- und Gewerbegebietes zwischen Lüneburg und Reppenstedt setzt sich der Oberbürgermeister respektlos über die Beschlüsse des Rates hinweg. Die grüne Partei in Lüneburg fordert den Erhalt des Grüngürtels – ohne Wenn und Aber.

Am 1. Oktober 2014 hat der Rat der Stadt Lüneburg beschlossen:

„Der Landschaftsraum im Westen von Lüneburg zwischen den Gemeinden Reppenstedt, Vögelsen, Heiligenthal und der Wohnbebauung der Stadt wird planerisch langfristig für den Natur- und Landschaftsschutz und die Naherholung gesichert. Bei der Aktualisierung des landschaftsplanes und des Flächennutzungsplanes der Hansestadt Lüneburg sowie der Überarbeitung des Landschaftsrahmenplanes des Landkreises sollen diese Flächen von Bebauung und Verkehrswegen freigehalten werden. Die Verwaltung wird gebeten, den Landkreis Lüneburg und die angrenzenden Gemeinden in vorbereitende Gespräche über ein Entwicklungskonzept Naturschutz und Naherholung für diesen Landschaftsraum einzubeziehen.“

Zitat Ende. Der Raum für den Grüngürtel ist definiert und es ist klargestellt, dass „diese Flächen von Bebauung und Verkehrswegen freigehalten werden“.

Seit diesem Beschluss gibt es zwar noch nicht einmal den Entwurf des beauftragten Entwicklungskonzeptes zum Naturschutz, dafür aber mit dem 3-D-Campus ein ausgewachsenes Siedlungsprojekt, das große Teile des Grüngürtels versiegelt und zerschneidet.

Statt sich mit Reppenstedt über die Sicherung des Grüngürtels abzustimmen, wird am Lüneburger Stadtrat vorbei munter in die Planung von weiteren Baugebieten im Grüngürtel eingestiegen, auch um möglichen Unterschutzstellungen durch das immer noch in Abstimmung befindliche Regionale Raumordnungsprogramm zuvorzukommen. Ein Schalk wäre, wer dahinter eine Strategie der beteiligten Kommunen sähe.

OB Mädge hat vorgehende Termine wie den Verwaltungs- und Bauausschuss sowie Ratstermin verstreichen lassen, um wenige Tage später die Öffentlichkeit via Landeszeitung über die Pläne zu informieren. Eine Beteiligung der Bevölkerung – jenseits der formal vorgeschriebenen Auslegung der fertigen Pläne – an einem solch großen Projekt mit erheblichen Eingriffen in die Landschaft ist nicht auszumachen.

Zur Klarstellung: Das von Mädge angeführte Förderprogramm ist noch nicht aufgelegt – jenseits einer vagen Idee des Wirtschaftsministers Althusmann. Und das bisher hier angesiedelte Unternehmen hat kaum 15 Mitarbeiter.

Bei den nun vorstellten Plänen für den 3-D-Campus und das Wohngebiet wird neben der Versiegelung des Grüngürtels auch die Verkehrsproblematik verniedlicht. Frau Gundermann wird zitiert: „Die Baugebiete sollen von einem Netz von Grünzügen durchzogen werden, alle weitestgehend autofrei geplant werden.“ In der Beschlussvorlage der Verwaltung heißt es aber auch: „Dafür werden unmittelbar an den Gebietszufahrten Quartiersparkplätze oder –häuser eingerichtet.“ Für die zusätzliche Belastung der Hauptverkehrswege ist es unerheblich, wo die Autos im Neubaugebiet parken.

Die Planungen werden als Instrument zur Sicherung des Grüngürtels vorgestellt. Der in diesem Kontext thematisierte 200-m-Streifen Grüngürtel ist eine Erfindung der Verwaltung und an keiner Stelle Teil eines Beschlusses zum Thema – siehe oben. Diese Vorgehensweise entbehrt jeglicher Logik, hier sind Verwaltungskosten entstanden, weitere folgen, obwohl dafür der politische Beschluss fehlt. Erst wenn das Stadtentwicklungskonzept mit Gesamtklimagutachten und einem integrierten Verkehrsplan verabschiedet ist, kann weiter geplant werden. Durch laufende und projektierte Baugebiete (Ilmenaugarten/Wittenberger Bahn, Hanseviertel Ost, Ebensberg, Wienebütteler Weg) droht jetzt schon ein Verkehrsinfarkt. Statt weitere Kosten mit der Beauftragung von Gutachtern zu produzieren, muss endlich das Klimagutachten, das mehrfach angekündigt wurde, umgesetzt werden. Mit dem 6. Juni ist erneut ein Vorstellungstermin dazu geplatzt, weil die Stadt dem Gutachter nötige demografische Daten nicht geliefert hat.

Es gilt zu prüfen, warum der OB Mädge den seit bald vier Jahren ignorierten Auftrag zur Sicherung des Grüngürtels West nicht umgesetzt hat. Ein gewisses Muster seiner „Umsetzungsträgheit“ ist ebenso in den Bereichen Stadtentwicklungskonzept und Klimagutachten erkennbar.

Ein Handlungsauftrag der Grünen Lüneburg gegen jegliche Bauplanungen auf dem Grüngürtel West wurde auf der Mitgliederversammlung am 06.06.2018 einstimmig beschlossen (siehe Folgeseite):

Keine Planungen auf dem Grüngürtel zwischen Lüneburg und Reppenstedt

Der Ortsverband von BÜNDNIS 90/Die Grünen Lüneburg lehnt zur Zeit **jegliche Planungen der Verwaltung** und Auftragsvergaben an Planungsstellen und -büros für die potenzielle Ausweisung von Baumaßnahmen im Bereich zwischen den bereits bebauten Flächen von Lüneburg und Reppenstedt ab. Der vorhandene Grüngürtel muss auch in diesem Bereich substantiell (in einer Breite von 500-750m) erhalten bleiben.

Erst wenn das Stadtentwicklungskonzept mit Gesamtklimagutachten und einem integrierten Verkehrsvermeidungsplan ohne weiteren Straßenbau verabschiedet ist, kann weiter geplant werden. Durch laufende und projektierte Baugebiete (Ilmenaugarten/Wittenberger Bahn, Hanseviertel Ost, Ebensberg, Wienebütteler Weg) droht jetzt schon ein Verkehrsinfakt. Vor jeglicher Neuplanung muss ein Gesamtkonzept zu Flächennutzungen/Erhalt von Grünen Lungen, zur konsequenten Verminderung von motorisiertem Individualverkehr und signifikanten Verbesserung des ÖPNV und Fuß-/Radverkehrs erstellt werden. Wohnbebauung soll schwerpunktmäßig nur noch in flächenschonender, mehrgeschossiger und ökologischer Bauweise zu bezahlbaren Mieten genehmigt werden.

*Einstimmig beschlossen als Handlungsauftrag für Partei und Fraktion
auf der Ortsmitgliederversammlung am 06.06.2018*

Jutta Beer und Volker Butenschön
für den Ortsvorstand